

FORUM

Zeitschrift
für Politik, Arbeit & Kultur
der SP Uster

www.forumonline.ch

Nr. 236 September 2008



JA zur
Villa am
Aabach

**Wir machen uns stark für ein
attraktives und lebendiges Uster**



NEIN
zum
Land-
verkauf
Mühle-
holz

Inhalt

Uster im Zentrum statt an den Rändern stärken Kommunale Abstimmung: NEIN zum Landverkauf Mühleholz Von Balthasar Thalmann, Präsident SP-Gemeinderatsfraktion	3
Gestaltungsplan ist eine «Lex Landi» Kommunale Abstimmung: NEIN zum Landverkauf Mühleholz Von Stefan Feldmann, SP-Gemeinderat	4
Verscherbeln des Tafelsilbers ist weder klug noch nötig Kommunale Abstimmung: NEIN zum Landverkauf Mühleholz Von Rolf Graf-Ganz, SP-Gemeinderat	5
Jeder Student weiss: Kulturförderung ist Wirtschaftsförderung Kommunale Abstimmung: JA zur Villa am Aabach Von Martin Bornhauser, Stadtpräsident Uster	6
Ein Ja zur Villa am Aabach ist ein Ja zu Uster Kommunale Abstimmung: JA zur Villa am Aabach Von Regula Trüeb, SP-Gemeinderätin	7
«Mehr Kultur für weniger Geld geht vermutlich nicht» Kommunale Abstimmung: JA zur Villa am Aabach Interview mit dem neuen Betreiberpaar Monika Bühler/Michael Gutscher	8
Schutz vor Passivrauchen: Zeit für eine Korrektur Kantonale Abstimmung: JA zur Initiative, NEIN zum Gegenvorschlag Von Peter Schulthess, SP-Kantonsrat, Stäfa	10
Eine Offensive für die Berufsbildung Kantonale Abstimmung: 2 x JA zum Berufsbildungs-Gesetz Von Susanna Rusca, SP-Kantonsrätin, Zürich	11
Abstimmungs-Parolen für den 28. September	11
Veranstaltungskalender	12

IMPRESSUM FORUM

Zeitschrift für Politik, Arbeit & Kultur der SP Uster

www.forumonline.ch

Herausgeberin: Sozialdemokratische Partei
Anschrift: FORUM, Postfach 340, 8610 Uster 1
Auflage: 16 000 Exemplare
Abonnement: für 1 Jahr mindestens Fr. 30.–, auf PC 80 –13431– 8
Redaktion: Margrit Enderlin, Stefan Feldmann, Fredi Gut
Bilder: Rolf Murbach
Layout: Ewald Feldmann
Vertrieb: Martin Zwysig
Druck: Ropress Zürich
Erscheinungsweise: viermal im Jahr

Hinweis: Bei dieser Zeitung handelt es sich weder um Werbung noch um Reklame, sondern um politische Information. Darum darf sie auch in jene Briefkästen gesteckt werden, auf denen sich ein Stopp-Kleber befindet. Wir danken für Ihr Verständnis.

Editorial



Am 28. September stimmen die Stimmberechtigten der Stadt Uster über zwei kommunale Vorlagen ab. Vordergründig geht um zwei simple Sachentscheide: Soll die Stadt Uster zum einen Geld für den kulturellen Betrieb in der Villa am Aabach zur Verfügung stellen? Soll die Stadt Uster zum andern Land im Mühleholz an einen Investor verkaufen, der dort ein Einkaufszentrum errichten will? Doch hinter diesen beiden Abstimmungen steckt mehr: Am 28. September geht es auch um die Frage, welches Selbstverständnis die Ustermerinnen und Ustermer von ihrer Stadt haben.

Zur Villa am Aabach: Es ist heute unbestritten, dass Kultur im Standortwettbewerb der Gemeinden ein wichtiger Standortfaktor ist. Alle Umfragen zeigen, dass ein lebendiges und attraktives Kulturangebot gerade bei gut qualifizierten Personen bei der Wahl ihres Wohnortes Gewicht hat. Das Kulturangebot ist bei der Standortwahl, das zeigen alle Umfragen, sogar noch wichtiger als die Höhe des Steuerfusses. Ein attraktives Kulturangebot ist weiter, auch das lässt sich belegen, ein wichtiger Beitrag zur Steigerung der persönlichen Lebensqualität der meisten Menschen. Kunst und Kultur in Uster bringe nichts, behaupten nun aber die Gegner des Villa-Kredits, die Leute gingen sowieso nach Zürich um Kultur zu geniessen. Kulturförderung sei also reine Geldverschwendung. Das zeigt: Sie glauben nicht an unsere Stadt, sie machen sie kleiner als sie ist.

Zum Landverkauf im Mühleholz: Viele Jahre wurde in der Stadt Uster darüber lamentiert, dass unsere Stadt kein attraktives Zentrum habe, keine Mitte, die zum verweilen und flanieren einlade. Die Stadt Uster hat in den vergangenen Jahren viel unternommen, das zu ändern, hat im Zentrum den öffentlichen Raum umgestaltet, hat die Planung des Kern Nord mitfinanziert, hat einen grossen Beitrag an die neue Weihnachtsbeleuchtung geleistet. Doch jetzt will der Stadtrat plötzlich grünes Licht geben, damit am Rande der Stadt ein Einkaufszentrum entstehen kann. Gerade bürgerliche Kreise, die sich ständig darüber beklagen, wie schwer es das örtliche Gewerbe habe, nehmen nun in Kauf, dass das Zentrum an Wettbewerbskraft verliert. Das zeigt: Sie glauben nicht an unsere Stadt, sie machen sie kleiner als sie ist.

Die SP Uster hingegen glaubt an unsere Stadt. Im Gegensatz zu anderen Parteien – insbesondere der SVP – sehen wir Uster nicht als graue Agglomerations-Stadt, sondern als Stadt, die genug Kraft und Selbstbewusstsein hat, sich als lebendige und attraktive Stadt zu positionieren. Und dazu gehört ein vielfältiges Kulturangebot, dazu gehört ein lebendiges Zentrum mit attraktiven Einkaufsmöglichkeiten. Wir glauben an Uster, wir machen uns stark für Uster. Deshalb sagen wir Ja zur Villa am Aabach und damit Ja zu einem lebendigen Kulturleben. Deshalb sagen wir Nein zum Landverkauf Mühleholz und damit Ja zu einem attraktiven Zentrum.

An welches Uster glauben Sie?

Kommunale Abstimmung: NEIN zum Landverkauf Mühleholz

Uster im Zentrum statt an den Rändern stärken

Die Stadt Uster möchte im Mühleholz bei der Autobahn ein Landstück in der Grösse von drei Fussballfeldern verkaufen. Die Investorin plant dort ein Einkaufszentrum. Die SP lehnt diesen Landverkauf ab, weil damit die Bestrebungen gefährdet werden, das Zentrum attraktiver zu gestalten. Die Gemeinderatsmitglieder der SP, der Grünen und der Grünliberalen haben deshalb gegen den Verkauf gemeinsam das Behördenreferendum ergriffen.

Von Balthasar Thalmann,
Präsident SP-Gemeinderatsfraktion

Die SP hat es bereits im letzten Wahlkampf klar gemacht: Wir machen uns stark für ein attraktives Zentrum; ein Zentrum, welches 18 Stunden pro Tag belebt ist. Im Zentrum sollen Kultur- und Freizeitangebote genossen werden. In einem attraktiven Zentrum findet man alles, was man zum Leben braucht: Lebensmittel, Kleider, Elektronik etc. Der Stadtrat sah dies bislang auch so und hat in den vergangenen Jahren grosse Anstrengungen unternommen, um das Ustermer Zentrum attraktiver zu machen und zu stärken. Mit dem Verkauf des Grundstücks im Mühleholz an die Wetziker Firma Immoturicum AG wird aber nun genau diese Aufbauarbeit gefährdet.

Konkurrenzierung des örtlichen Gewerbes

Die Investorin plant im Mühleholz ein Coop-Supermarkt mit Lebensmitteln sowie weiteren Detailhandelsgeschäften. Gemäss der rechtlichen Grundlage, dem Gestaltungsplan, ist der Lebensmittelladen zwar auf maximal 2000 Quadratmeter Verkaufsfläche beschränkt. Für andere Verkaufsflächen gelten aber keine Einschränkungen. Es können also unbeschränkt Sport-, Mode- oder Elektronikgeschäfte entstehen, welche die Gewerbetreibenden im Zentrum unnötig konkurrenzieren, weil sie Kaufkraft vom Zentrum an den Stadtrand abzieht.

Die Stadt Uster muss aber im Zentrum und nicht an den Rändern gestärkt werden. Dort im Zentrum sind heute zahlreiche Areale unternutzt, welche sich auch für weitere, grössere Verkaufsläden eignen und so einen Beitrag zu einem attraktiven Zentrum leisten können. Denken wir beispielsweise an den Kern-Süd, an das Jelmoli-Areal oder an das Areal des Bezirksgebäudes.

Strategisch wichtig

Das Grundstück im Mühleholz ist aber nicht einfach irgendein Grundstück. Aufgrund seiner



Mit dem Landverkauf Mühleholz werden die jahrelangen Bemühungen um eine Aufwertung des Ustermer Zentrums unterlaufen.

Grösse von 15'000 Quadratmetern hat es – auch wenn der Stadtrat das Gegenteil behauptet – eine strategische Bedeutung. Solche Grundstücke braucht die Stadt, wenn sie ernsthafte Optionen für Landtausch und für Entwicklungsmöglichkeiten von bereits ortsansässigen Betrieben offen halten möchte. Wie wichtig solche Optionen sind, wissen wir spätestens seit dem Wegzug der Firma Mägerle nach Fehraltorf.

Der Stadtrat sieht in Uster ein grosses Potenzial für die Ansiedelung von wissens- und wertschöpfungsintensiven Betrieben. Auch hierzu könnte das Areal wertvolle Dienste leisten. Mit solchen Betrieben könnten auf dem Grundstück im Mühleholz ein Mehrfaches an Arbeitsplätzen als nur 150 – wie mit dem Verkauf an die Immoturicum vorausgesagt – geschaffen werden.

Keine Verscherbelung des Tafelsilbers

Die finanzpolitischen Zielsetzungen des Stadtrates sehen den Verkauf von Land und Liegenschaften für jährlich 4 Millionen Franken vor.

Dieses Ziel ist nicht nur grundsätzlich zu hinterfragen, es ist darüber hinaus auch festzuhalten, dass der Stadtrat dieses Ziel in den letzten fünf Jahren bereits massiv übertroffen hat und Land für total 28,5 Millionen Franken verkauft hat. Im gleichen Zeitraum sind die flüssigen Mittel der Stadt Uster aber um 37 Millionen gestiegen. Dies zeigt: Die Stadt Uster ist auch ohne Landverkauf bestens gerüstet, um die anstehenden Investitionen zu tätigen. Ein weiteres Verscherbeln des Tafelsilbers ist unnötig.

Die SP wehrt sich vehement gegen eine derartige, strategielose Landpolitik. Wir können die Verantwortung nicht übernehmen, dass mit dem Landverkauf im Mühleholz das Zentrum geschwächt wird. Gleichzeitig fordern wir den Stadtrat auf, den Versprechungen endlich Taten folgen zu lassen: Nämlich eine glaubwürdige strategische Boden- und Immobilienpolitik für das Wohl der Stadt zu betreiben (vgl. Kasten Seite 5). Ein Nein zum Landverkauf Mühleholz ist letztlich ein Ja für ein attraktives Zentrum.

Kommunale Abstimmung: NEIN zum Landverkauf Mühleholz

Gestaltungsplan ist eine «Lex Landi»

Die Stadt Uster möchte im Mühleholz bei der Autobahn ein Landstück verkaufen, auf welchem die Investorin ein Einkaufszentrum bauen will. Der Stadtrat argumentiert dabei, dass ein solches Einkaufszentrum nach dem gültigen Gestaltungsplan zulässig sei, dass der Gemeinderat, der diesen Plan festgelegt hat, dies ausdrücklich so gewollt habe. Ersteres Argument ist richtig, zweiteres stimmt so nicht. Um das beurteilen zu können, muss man allerdings die Vorgeschichte des Verkaufes kennen.

Von Stefan Feldmann, SP-Gemeinderat

Für die Parzelle im Mühleholz unweit der Autobahnausfahrt Uster-Nord, über deren Verkauf die Ustermer Stimmberechtigten am 28. September abstimmen werden, gilt ein Gestaltungsplan. Dieser schreibt der Besitzerin des Landes vor, was sie darauf bauen darf und was nicht. Der Gestaltungsplan für das Grundstück im Mühleholz wurde 2004 vom Gemeinderat festgelegt. Darin wird festgehalten, dass hier «für Güter des täglichen Bedarfs» Kaufflächen von höchstens 2000 Quadratmetern gebaut werden dürfen. Wie gross die Verkaufsflächen für alle anderen Gütern (Elektronik, Sportartikel, Möbel etc.) sein dürfen, darüber schweigt sich der Gestaltungsplan aus. Mit anderen Worten: Vor den Toren der Stadt Uster kann ein eigentliches Einkaufszentrum gebaut werden.

Landi ja, Aldi nein

Der Ustermer Stadtrat argumentiert nun damit, dass der Gemeinderat mit seiner Zustimmung zum Gestaltungsplan ja genau das gewollt habe. Doch das stimmt so nicht, denn der seinerzeitige Gestaltungsplan ist in seinem Kern nichts anderes als eine «Lex Landi». Von einem generellen Verbot für ein Einkaufszentrum, wie es nun geplant ist, sah man 2004 nur deshalb ab, weil dieses Areal allenfalls eine Lösung für die aus allen Nähten platzende «Landi» an der Neuwiesenstrasse hätte dienen können. Der Gemeinderat wollte für ein bereits in Uster ansässiges Unternehmen nicht eine mögliche Option verbauen. Es war damals allen Gemeinderatsmitgliedern – und auch dem Stadtrat – klar, dass das Areal nicht an irgendeinen anderen Investor verkauft werden soll, damit dieser hier ein Einkaufszentrum baut. Oder wie es ein damaliger SVP-Gemeinderat treffend auf den Punkt brachte: «Landi ja, Aldi nein.»



Ustermer Unternehmen, die aus allen Nähten platzen: Für solche Firmen braucht die Stadt Uster auch inskünftig Landreserven, um ihnen ein Entwicklungspotential zu bieten.

Inzwischen ist klar, dass die «Landi» auf der Suche nach einer Lösung ihrer Platzprobleme ein anderes Areal ins Auge gefasst hat, ein Grundstück in der Loren. Nun aber einfach die damals ins Auge gefasste Option für die «Landi» auf ein anderes Unternehmen zu übertragen, egal ob es nun Aldi oder Coop heisst, mag zwar nicht gegen den Buchstaben des Gestaltungsplans verstossen, sehr wohl aber gegen seinen Geist.

Verkauf zum Wohle der Stadt?

Nun argumentiert der Stadtrat weiter, dass er den Verkauf an die Immuturicum nicht ablehnen könne, weil diese ja nur etwas plane, was gemäss Gestaltungsplan zulässig sei. Würde er dies tun, so würde er willkürlich handeln. Über eine solche Argumentation kann man nur den Kopf schütteln: Offenbar kann der Stadtrat hier zwischen den beiden Rollen der Stadt Uster als Landbesitzerin einerseits und als Genehmigungsinstanz in Sachen Baubewilligung andererseits nicht unterscheiden.

Richtig ist: Erhält die Stadt Uster vom Besitzer eines Grundstückes ein Gesuch für eine Baubewilligung eingereicht, welches den rechtlichen Vorgaben entspricht – in diesem Fall dem Gestaltungsplan –, so hat sie dafür die Bewilligung zu erteilen. Alles andere wäre willkürlich, in der Tat. Nur: Das Land im Mühleholz gehört nicht

dem Investor sondern der Stadt. Und der Gestaltungsplan verpflichtet die Stadt Uster in keiner Art und Weise, dieses Land zu verkaufen, ganz egal ob der Käufer darauf ein konformes oder ein nicht konformes Projekt erstellen will. Lehnt die Stadt Uster einen solchen Verkauf ab, so hat dies rein gar nichts mit Willkür zu tun.

Im Interesse der Stadt?

Dass wer A sagt, nicht auch unbedingt B sagen muss, haben 2004 bei der Festlegung des Gestaltungsplan auch die seinerzeitigen Befürworterinnen und Befürworter so gesehen. Der FDP-Sprecher des Geschäfts meinte damals: «Das Land im Mühleholz ist bekanntlich im Besitz der Stadt Uster. Also entscheidet der Stadtrat darüber, ob Verkaufsverhandlungen geführt werden oder nicht. Und der Entscheid, an wen das Land schlussendlich verkauft wird, liegt beim Rat oder beim Volk. Stadtrat, Gemeinderat und Volk haben es also in der Hand, dass die zukünftige Nutzung des Baulandes im Interesse der Stadt liegt.»

Genau an diesem Punkt sind wir nun und die SP ist davon überzeugt, dass der Verkauf nicht im Interesse der Stadt Uster liegt (siehe Argumente auf Seite 3). Das Volk erhält deshalb nun die Gelegenheit, den kurzfristigen Entscheid von Stadtrat und Gemeinderat an der Urne zu korrigieren.

Kommunale Abstimmung: NEIN zum Landverkauf Mühleholz

Verscherbeln des Tafelsilbers ist weder klug noch nötig

Die Stadt Uster stehe vor grossen Investitionsvorhaben und sei dafür dringend auf Geld angewiesen. So oder ähnlich wird bei Landverkäufen jeweils argumentiert, sei es im Mühleholz oder anderswo. Sicher: Uster hat in den kommenden Jahren Investitionen zu tätigen. Doch wie sich anhand der jüngeren Vergangenheit zeigen lässt, ist das auch ohne Verscherbeln des Tafelsilbers möglich.

Von Rolf Graf-Ganz, SP-Gemeinderat

Der Stadtrat hat sich zu Beginn der Legislatur finanzpolitische Ziele gesetzt, welche er erreichen will. Eines davon lautet, durch die Veräusserung von nicht strategischen Liegenschaften liquide Mittel zur Finanzierung von Investitionen zu generieren. Als Zielwert wurde ein Betrag von 20 Millionen in fünf Jahren, also vier Millionen pro Jahr definiert. Aus Sicht der SP ist eine solche Zielsetzung grundsätzlich zu hinterfragen: Das Verscherbeln von Land und Liegenschaften in städtischem Besitz ist nicht wirklich eine nachhaltige Politik, denn sie kann logischerweise nicht ewig weitergeführt werden, irgendwann würde der Stadt schlicht das Land ausgehen. Zum anderen räumt selbst der Stadtrat ein, dass es für das von ihm definierte Ziel bezüglich Landverkauf «keine betriebswirtschaftlich sinnvolle Grösse» gibt. Mit anderen Worten: Die Stadt Uster verkauft Land ins Blaue hinaus.

Liquide Mittel haben zugenommen

Mehr noch: Die Stadt Uster hat in den letzten Jahren Land auf Vorrat verkauft. Statt wie vom finanzpolitischen Ziel vorgegeben, hat die Stadt in den letzten fünf Jahren nicht Land im Wert von 20 Millionen Franken verkauft, sondern im Wert von 28,5 Millionen. Mit anderen Worten: Sie hat das Soll um 43 Prozent übertroffen. Gäbe es eine solche Abweichung anderswo, gäbe es wegen der Budgetabweichung ein Aufschrei auf bürgerlicher Ratsseite.

Im gleichen Zeitraum haben die liquiden Mittel der Stadt Uster um 37 Millionen Franken zugenommen. Mit anderen Worten: Das durch den Landverkauf gelöste Geld liegt immer noch auf der Bank. Oder deutlicher gesagt: Kein einziger Franken wurde für das eigentliche Ziel, die Finanzierung von Investitionen verwendet.

Fragt sich nur, warum der Stadtrat auf Vorrat Land verkauft? Die Antwort liegt auf der Hand: Er kann damit den Steuerfuss etwas tiefer halten als er eigentlich sein müsste, im bescheidenen



Einmal mehr will die Stadt Land im Mühleholz verkaufen. Dabei hat sie schon genug Land auf Vorrat verscherbelt.

Umfang zwar, aber immerhin. Das aus dem Landverkauf gelöste Geld wirft für die Stadt Uster Zinsen ab, welche in die laufende Rechnung fliessen. Bei einem durchschnittlichen Zinssatz von 2,5 Prozent werfen die 28,5 Millionen Franken rund 712'000 Franken an Zinseinnahmen ab, mehr als ein Steuerprozent. Mit anderen Worten: Das Verscherbeln des Tafelsilbers dient nicht der Finanzierung der Investitionen, sondern der Subventionierung des «heiligen» Steuerfusses.

Die Mär vom Investitionsberg

Zugegeben: Das bisher Gesagte betrifft die Vergangenheit, die Politik muss aber in die Zukunft schauen. Und ist es da nicht so, dass der Stadt Uster grosse Investitionen bevorstehen und wir deshalb die Mittel aus dem Landverkauf Mühleholz dafür brauchen? Sicher: Wir haben zahlreiche grössere Projekte, die wir in den nächsten Jahren finanzieren müssen. Aber dafür stehen der Stadt Uster ausreichend Mittel zur Verfügung. Zum einen natürlich die bis jetzt nicht benötigten Mittel aus den Landverkäufen der letzten Jahre. Zum anderen steht die Stadt Uster finanziell bezüglich Eigenkapital so gut da, wie noch nie.

Mit dem Investitionsberg lässt sich immer argumentieren. In einem meiner ersten Referate im

Gemeinderat – und das ist nun auch schon mehr als zehn Jahre her – habe ich meinerseits vor ihm gewarnt. Wir haben ihn problemlos gemeistert. Und ich bin überzeugt, das werden wir auch in Zukunft können. Aus finanzpolitischer Sicht gibt es auf jeden Fall keinen Grund, das Land im Mühleholz zum heutigen Zeitpunkt aus der Hand zu geben.

Grundsätze für die Bodenpolitik der Stadt Uster

Gemäss den Vorstellungen der SP Uster muss eine strategische Boden- und Immobilienpolitik auf folgenden Pfeilern beruhen:

1. Es werden nicht mehr Immobilien aus dem Finanzvermögen verkauft als zugekauft.
2. Die Stadt sichert sich die Liegenschaften für öffentliche Aufgaben; dazu gehören auch Flächen für Ausbaumöglichkeiten, auch wenn letztere heute noch nicht absehbar sind.
3. Die Stadt Uster kauft wo immer möglich Immobilien, welche für die Stadtentwicklung wichtig sind; sei es aus Sicht des Städtebaus oder der Wirtschaftsförderung.

Kommunale Abstimmung: JA zur Villa am Aabach

Jeder Wirtschaftsstudent weiss: Kulturförderung ist Wirtschaftsförderung



Ein lebendiges und attraktives Kulturangebot ist ein wichtiges Argument im Standortwettbewerb der Gemeinden.

Kultur nimmt im Leben der Menschen einen grossen Stellenwert ein. Kultur ist kein Luxus, sondern eine Notwendigkeit. Nicht von ungefähr investieren deshalb Städte und Gemeinden in die Kulturförderung. Und die zahlt sich auch aus: Ein qualitativ hochstehendes Kulturangebot ist für hochqualifizierte Leute ein gewichtiges Argument für die Wahl ihres Wohnortes (wie viele Studien zeigen sogar gewichtiger als der Steuerfuss). Deshalb kommt der Abstimmung über die Villa am Aabach nicht nur kulturelle sondern auch wirtschaftliche Bedeutung zu.

Von Martin Bornhauser, Stadtpräsident

Kulturpolitik ist ein hartes Pflaster. Nicht nur in Uster, aber auch in Uster: Leider fehlt einem Teil der politisch Verantwortlichen unserer Stadt die Einsicht wie wichtig ein vielfältiges Kulturangebot für die Wohn- und Lebensqualität unserer Einwohnerinnen und Einwohner ist. Mehr noch: Wie wichtig es für die Positionierung im Standortwettbewerb unter den Gemeinden und für die Ansiedelung neuer Unternehmen ist. Nur so ist es erklärbar, dass einige PolitikerInnen den Neustart in der Villa am Aabach «bodigen» wollen.

Neue Villa am Aabach

In unserer Stadt leben viele engagierte, motivierte, kreative und weit über unsere Stadtgrenze hinaus bekannte Kulturschaffende. Sie bieten der Bevölkerung ein überaus reichhalti-

ges, buntes und lebendiges Kulturangebot. Das Konzept des designierten Betreiberpaares Bühler/Gutscher für die neue Villa am Aabach nimmt dies auf: Die Villa am Aabach soll unter neuer Führung nicht nur zugängliche, eingängig vermittelte und attraktive Kultur- und Kunstleistungen bieten, nein: Das grosszügige, idyllisch gelegene Anwesen mit Balkon, Park und Skulpturenpark soll zur eigentlichen Kulturdrehscheibe von Uster werden, gleichsam die Klammer um das vielfältige und bunte kulturelle Angebot dieser Stadt (siehe auch Interview Seite 8 und 9). Die neue Villa am Aabach soll zum öffentlichen Treffpunkt in Uster umgestaltet werden, nicht nur für Kulturinteressierte, sondern für die ganze Bevölkerung. Das facettenreiche, spezielle Kulturangebot vor der Haustüre soll damit auch gemeinschaftsstiftend wirken und mithelfen zu verhindern, dass Uster zur Schlafstadt vor den Toren von Zürich verkommt.

Investitionen in die Kultur zahlen sich aus Die durch das zusätzliche Kulturangebot gesteigerte Wohn- und Lebensqualität soll und wird sich auch auf die Attraktivität unserer Stadt als Wohnsitzgemeinde und kulturelles Zentrum im Zürcher Oberland auswirken. Damit können wir uns im Standortwettbewerb unter den Gemeinden besser positionieren und behaupten. Es gehört zum Grundwissen eines jeden Wirtschaftstudenten, dass ein qualitativ hochstehendes Kulturangebot für hochqualifizierte Leute ein gewichtiges Argument für die Wahl ihres Wohnortes darstellt. Und am Zuzug bestausgebildeter Personen hat Uster ein hohes finanziel-

les (höhere Kauf- und Steuerkraft) und wirtschaftliches Interesse (bei der Wahl des Standortes eines Unternehmens nimmt der Bildungsstand der Wohnbevölkerung eine wichtige Rolle ein). Die einfache Formel «Kulturförderung ist Wirtschaftsförderung» hat – man kann es drehen wie man will – seine Richtigkeit. Wer an der Kulturförderung und am Kulturangebot sagt, sagt an der Wirtschaftsförderung und am Wirtschaftsstandort Uster.

Sport und Kultur gleichbehandeln

Was macht eine Stadt zu einer Stadt? Je grösser eine Gemeinde, desto mehr fallen ihr zentralörtliche Aufgaben zu. Die Aufwendungen für Einrichtungen, die der Steigerung der Wohn- und Lebensqualität ihrer EinwohnerInnen dienen, wachsen überproportional. Einrichtungen der Freizeitgestaltung (z.B. Hallenbad, Sportzentrum etc.), der Naherholung (Stadtpark, Seeufer etc.) sowie der Kultur (Bibliothek, Stadthofsaal etc.) müssen allerdings durch die öffentliche Hand subventioniert oder gar vollumfänglich getragen werden. Bei Einrichtungen der Freizeitgestaltung sind diese Investitionen in der Regel unbestritten, niemand würde ernsthaft fordern, aus Kostengründen das Hallen- oder Seebad zu schliessen und als Ersatz auf entsprechende Angebote in Zürich zu verweisen. Wir wollen diese Einrichtungen hier bei uns. Wir wollen und können sie uns leisten. Aber wir sollten auch die Kultur gleich behandeln: Wir können uns die neue Villa am Aabach leisten. Und wir sollten es uns auch.

Besten Dank für Ihr Ja!

Kommunale Abstimmung: JA zur Villa am Aabach

Ein Ja zur Villa am Aabach ist ein Ja zu Uster

Am 28. September stimmen die Ustermer Stimmberechtigten über einen dreijährigen Betriebskredit von Fr. 900'000 für die Villa am Aabach ab. Mit diesem Kredit und einem neuen, jungen Betreiberpaar will die Stadt Uster einen Neustart in der Villa am Aabach. Allerdings geht es bei dieser Abstimmung aber nicht nur um den Erhalt der Villa am Aabach als kulturellen Treffpunkt für die Öffentlichkeit, sondern um den Stellenwert der Kultur in Uster ganz allgemein.

Von Regula Trüeb, SP-Gemeinderätin

Bereits zum zweiten Mal innert zwei Jahren haben die Ustermer Stimmberechtigten über einen Vorlage zur Villa am Aabach zu befinden. 2006 war die Überführung der Villa in eine privatrechtliche Stiftung gescheitert. Die Abstimmungsanalyse hat gezeigt, dass ein Neustart der Villa unter neuer Leitung unumgänglich ist. Die Stadt Uster hat damals mit den drei grossen Fraktionen des Gemeinderates (SP, SVP, FDP) entschieden, dass die Villa nicht mehr durch die Stadt geführt, sondern im Rahmen eines Auftrages mit Leistungskontrakt an einen Dritten vergeben werden soll. Zudem haben die drei grossen politischen Parteien den folgenden Eckpfeilern zugestimmt. Die Villa sollte: 1. kostengünstiger werden, 2. lokal besser verankert sein, 3. mehr Publikum anziehen, 4. mehr Gastronomie anbieten.

Professioneller Ideenwettbewerb

Um Ideen für den künftigen Betrieb zu sammeln, hat die Stadt in der Folge einen zweiteiligen Wettbewerb ausgeschrieben, analog einem Architekturwettbewerb. Eine Arbeitsgruppe wurde gebildet unter Führung des Stadtpräsidenten, mit einer Fachjury aus drei VertreterInnen aus dem «Beirat Bildende Kunst» und einer Sachjury mit den damaligen PräsidentInnen der drei grossen Gemeinderats-Fraktionen: Elsbeth Hürlimann (SVP), Marianne Siegrist (FDP) und Reto Dettli (SP). Nach einer Auswahl durch die Jury aus beinahe 30 kreativen Ideen und 10 konkreten Konzepten ging im Januar 2008 das Team Bühler/Gutscher mit ihrem Projekt «Kulturgemeinschaftszentrum/Kunstservice» als Sieger des Wettbewerbs hervor (zum Inhalt des Konzeptes lesen Sie das Interview auf den Seiten 8 und 9).

Das designierte Betreiberpaar Monika Bühler und Michael Gutscher bringt beruflich ein umfassendes Know-how mit sowohl im künstlerischen

Bereich als auch in den Bereichen Strategie, Organisation und Kommunikation. Sie haben die Jury und den Gemeinderat durch ihre Offenheit und Überzeugungskraft bei der Präsentation ihres Projektes, das alle Vorgaben berücksichtigt, beeindruckt.

Unehrlisches Spiel der SVP

Der Neustart der Villa am Aabach schien lange Zeit politisch auf gutem Wege, bis im allerletzten Moment anlässlich der Beratung im Gemeinderat die SVP Opposition anmeldete, dies obwohl sie durch ihre Fraktionspräsidentin von Anfang an in die Erarbeitung miteinbezogen war und zu keinem Zeitpunkt des Verfahrens irgendwelche Vorbehalte angemeldet hat. Obschon der neue Betriebskredit von Fr. 900 000.- für drei Jahre im Rat mit grossem Mehr angenommen wurde, ergriffen die Vertreter von SVP und EDU, unterstützt vom einzigen SD-Gemeinderatsmitglied, das Behördenreferendum.

Die von der SVP vorgebrachten Gründe (Mängel bezüglich der Behandlung des Geschäftes im Rat, Zahlungs- und Kündigungsmodalitäten, fehlende wirtschaftliche Mitverantwortung des Betreiberpaares, zu wenig Geld für die Kultur (sic!) und Konkurrenzierung des örtlichen

Gewerbes) sind nicht mehr als Scheingründe. Hinter vorgehaltener Hand gestehen SVP-Vertreter ein, dass sie die Villa am Aabach als Kulturhaus bodigen wollen und überhaupt gegen eine bestimmte Art der Kultur seien (z.B. Zeughaus). Eine solche Position einzunehmen ist politisch legitim – aber dann soll man offen und ehrlich dazu stehen und nicht mit vorgeschobenen und scheinheiligen Argumenten hantieren.

Definitives Aus bei einem Nein

Die Villa am Aabach ist seit Juni 2008 geschlossen. Falls die Ustermer Bevölkerung den Kreditantrag für die Villa ablehnt, bedeutet es das definitive Aus für die Villa als kulturellen Treffpunkt. Dies wäre ein herber Verlust für die Bevölkerung von Uster und ein Imageschaden für die drittgrösste Stadt im Kanton.

Bei einem Ja kann die Villa voraussichtlich anfangs 2009 für drei Jahre neu eröffnet und belebt werden. Die positive Ausstrahlung der Villa, die sie sich in den letzten Jahren regional und national erarbeitet hat, könnte weitergeführt werden und dem Image der Stadt Uster nicht nur kulturell, sondern auch standort- und image-mässig nützen. Ein Ja zur Villa am Aabach ist deshalb auch ein Ja zu Uster.



Ein Nein der Stimmberechtigten zum Kredit würde das definitive Aus für die Villa am Aabach bedeuten.

Kommunale Abstimmung: JA zur Villa am Aabach

«Mehr Kultur für weniger Geld geht vermutlich nicht»

Die Villa am Aabach hat in Uster eine lange Tradition als Kulturort. Eine Tradition, die aber nicht immer unumstritten war und Kritik hervorrief. Dank der Kreditvorlage, über welche die Stimmberechtigten am 28. September abstimmen, und einem innovativen, neuen Betreiberpaar soll nun ein Neustart gemacht werden. Im FORUM-Interview erklären Monika Bühler und Michael Gutscher, wie sie die Villa am Aabach zur Drehscheibe der Ustermer Kultur machen wollen.

FORUM: *Monika Bühler, Michael Gutscher, nach der letzten Abstimmung über die Villa am Aabach hat sich die Stadt Uster zu einem radikalen Neuanfang entschlossen und einen Wettbewerb ausgeschrieben, in dem neue Ideen und Konzepte für die Villa gesucht waren. Sie haben sich an diesem Wettbewerb beteiligt. Was war die Motivation dafür?*

Monika Bühler: Wir sind in der Zeitung über diese Ausschreibung gestolpert. Und sie hat uns sofort gereizt. Die Vorstellung, dass die Stadt Uster sich auf einen offenen Wettbewerb der Ideen und Konzepte einlässt, hat uns sehr gefallen. Ein solches Vorgehen ist ansonsten im Kulturbereich nicht sehr üblich. Dieser Mut hat uns imponiert.

Michael Gutscher: Als wir 2005 von New York nach Uster gezogen sind, haben wir als neugierige Neuzuzüger begonnen, uns intensiv mit dem kulturellen Leben in Uster auseinanderzusetzen und haben dabei natürlich auch die Villa kennen gelernt. Schon nach dem ersten Besuch haben wir uns darüber unterhalten, wie wir dieses Haus nutzen würden, was wir anders machen würden. Als dann der Wettbewerb ausgeschrieben wurde, hatten wir also schon einige grundlegende Ideen zusammen.

Wie sieht denn nun Ihr künstlerisches Konzept für die Villa am Aabach aus?

Gutscher: Wir hatten bei unseren Besuchen in der Villa den Eindruck gewonnen, dass sie bislang vor allem auf die Bedürfnisse und Wünsche einiger ausstellender Künstlerinnen und Künstler ausgerichtet war. Was dabei vernachlässigt oder übersehen wurde, ist, dass die Villa aber in erster Linie für die Besucherinnen und Besucher attraktiv sein sollte.

Bühler: Wir wollen deshalb das Haus generell offener und einladender gestalten und die Schwellenängste für einen Besuch und für die Begegnung mit Kunst abbauen. Dieser neue



«Wir wollen das Haus offener gestalten und Schwellenängste abbauen»: Monika Bühler und Michael Gutscher vor der Villa am Aabach.

Geist der Villa wird bereits vor dem Haus sichtbar werden: Mit der Gestaltung des Aussenraums wollen wir signalisieren, dass die Villa ein Ort der Begegnung und der Auseinandersetzung ist. Dieses Öffnen des Hauses soll sich auch in den Öffnungszeiten zeigen: Wir erhöhen die Öffnungszeiten um rund 60 Prozent und sind neu auch an gewissen Abenden und weiterhin an Wochenenden offen.

Gutscher: Im Haus selber wird es verschiedene «Kunst-Zonen» geben. Das freizugängliche Parterre wird mit Angeboten wie dem «Kunst-Kiosk», dem «Local Corner» oder der Präsenzbibliothek zu einem Ort des Verweilens umgestaltet. Dabei kann die Villa neu auch als Informations-Drehscheibe für das lokale Kulturschaffen dienen. Hier können sich die Besucher auch über laufende kulturelle Veranstaltungen in Uster informieren, wo findet was statt. Im Obergeschoss finden dann die eigentlichen Hauptausstellungen statt. Hier werden zu einprägsamen Themen die Schnittstelle von Kunst und Alltag von verschiedenen Seiten beleuchtet und in neue Zusammenhänge gestellt. Dabei spielen sowohl Wissenschaft, das Zeitgeschehen als auch die Anknüpfungspunkte zu lokalem Gewerbe eine wichtige Rolle. Diese Ausstellungen bieten Erlebnis und vielfältige Zugänge.

Ein grosser Kritikpunkt an der bisherigen Villa war, dass sie zu elitär sei, dass die lokalen Kulturschaffenden zu wenig zum Zug gekommen seien. Wird sich das unter Ihnen ändern?

Bühler: Auf jeden Fall. Uns geht es zum einen darum, dass die Besuchenden sich mit der Kunst auseinandersetzen, dass sie sie – was sich ja elitäre Kunst verbietet – hinterfragen. Wir werden also nicht nur Bilder aufhängen oder Skulpturen hinstellen, sondern auch Erklärungen und Geschichten anbieten, was dahinter steckt. Wir wollen Positionen beziehen, wie die Kunst eingeordnet werden kann, wir wollen Kultur im weiteren Sinne zugänglicher machen und auch vermitteln.

Uster hat zum anderen ein reiches Kultur- und Kunstleben, ist sich dessen aber oft nicht so richtig bewusst. Auch dieses Kunstschaffen wollen wir in die Villa bringen und zeigen, wie spannend die hiesige Kulturszene tatsächlich ist. Im «Local Corner» werden regelmässig lokale und regionale Kunstschaffende vorgestellt und aktuelle Ausschnitte ihres Schaffens gezeigt. Und im «Kunst-Kiosk» bieten wir auch dem regionalen Kunsthandwerk einen Ort zur Präsentation.

Gutscher: Wir wollen aber auch die Bevölkerung zu den Künstlern bringen. Es wird also Projekte geben, die sich mit Uster und dem bestehenden kreativen Netzwerk selber beschäftigen. Beispielsweise der geplante «Tag der offenen Ateliers». Dabei werden die Künstlerinnen und Künstler ihre Werkstätten öffnen und den Besucherinnen und Spaziergängern einen Einblick in ihr Arbeiten vermitteln. Die ersten Reaktionen seitens der Kunstschaffenden sind sehr positiv und vielleicht hilft dieses Projekt auch mit, die kulturelle Identität unserer Stadt zu stärken.

Welche weiteren Projekte haben sie noch in petto?

Gutscher: Wie erwähnt, wollen wir die Villa auch an gewissen Abenden offen halten und ein vielfältiges Rahmenprogramm aufbauen. So sehen wir für den Montag eine Veranstaltungsreihe unter dem Titel «Denkzettel» vor. Hier werden geladene Personen Themen und Inputs rund um Kreativität, Arbeit und Kunst präsentieren und zum gemeinsamen Weiterdenken und -diskutieren anregen. Je nach Interesse lässt sich dies später auch zu eigentlichen «Kreativitäts-Workshops» weiterentwickeln.

Bühler: Auch für den Freitagabend planen wir eine Reihe zwischen Musik und Kulinarik. Leidenschaftliche Musikliebhaber haben die Gelegenheit in der Villa ihr Wissen und ihre Schätze einem Publikum vorzustellen und weiterzugeben. Das reicht von Einführung in bestimmte Musikstile über Hommagen an spannende Künstler bis Ausschnitte aus grossen Werken, welche anhand von Hörbeispielen vorgeführt werden. Dazu gibt es feine Häppchen, ganz nach dem Motto «das Ohr isst mit».

Womit wir schon bei einem Kritikpunkt sind: Im Gemeinderat wurde von den Gegnern der Vorwurf geäussert, Sie konkurrenzieren mit ihrem Bistrobetrieb das lokale Gewerbe.

Gutscher: Das wollen und können wir nicht. Zum einen lässt sich wegen der kleinen Küche nicht wirklich eine grosse Speisekarte anbieten. Was wir als Gastgeber wollen ist einzig, dass die Gäste in der Villa auch etwas Kleines essen und gemütlich etwas trinken können – so wie in jedem anderen Museum auch.

Bühler: Anzumerken ist auch, dass eine moderate Erweiterung des Gastroangebotes ausdrücklich eine Bedingung der Wettbewerbsvorgabe war. Auch suchen wir natürlich die

Zusammenarbeit mit den lokalen Anbietern. So wollen wir wenn immer möglich lokale Produzenten und Lieferanten berücksichtigen. Mein Eindruck in den Gesprächen ist im übrigen, dass die Ustermer Gastronomie solche Ängste gar nicht hegt. Im Gegenteil, uns wurden bereits vielversprechende Zusammenarbeiten angeboten.

Ein weiterer Vorwurf lautet, dass Sie als Betreiberpaar kein «unternehmerisches Risiko» tragen.

Bühler: Ich staune über einen solchen Vorwurf. Fakt ist: Die Stadt Uster möchte in der Villa ein Grundangebot an Kulturdienstleistung. Sie stellt dafür einen bestimmten Betrag bereit und sucht jemanden, der für dieses Geld diese Dienstleistung erbringt. Wir stellen uns für diese Aufgabe mit unseren Ideen, unserem Hintergrund und unserem Engagement zur Verfügung. Es ist dann unserer unternehmerischen Kreativität und Verantwortung überlassen, dieses Geld so einzusetzen, dass wir zum einen die vereinbarte Leistung erbringen und zum anderen die Rechnung am Ende stimmt. Ob sie aufgeht? Das wird sich weisen müssen. Wenn nicht, so zahlen wir drauf, denn die Stadt Uster trägt kein Defizit. Wir tragen also sehr wohl ein unternehmerisches Risiko. Nicht vergessen sollte man auch, dass uns die Villa am Aabach nicht gehört, sondern, dass wir lediglich als Auftragsnehmer für eine bestimmte Zeit den Betrieb verantworten und insbesondere zu Beginn zünftige Investitionen und Entwicklungsarbeiten in dieses städtische Museum tätigen werden.

Gutscher: Auch muss man folgendes sehen: Bislang war die Villa ein städtischer Betrieb, die Stadt musste also alle Kosten, auch Löhne etc. tragen. Jetzt hat man diesen Betrag um rund einen Drittel gekürzt. Der Betrieb in der bisherigen Form lässt sich damit schlicht nicht mehr

finanzieren. Nun erhält die Stadt Uster aber mit dem Modell der Auftragsvergabe für weniger Geld mehr Ausstellungen, längere Öffnungszeiten, ein offenes Haus mit mehr Atmosphäre, ein Ort, der als Drehscheibe für das lokale Kunstschaffen dient. Mehr Kultur mit weniger Geld geht vermutlich nicht.

Zum Schluss noch: Sie haben sich eigentlich darauf eingestellt, in den Sommerferien die Villa übernehmen können und mit Ihrer ersten Ausstellung starten zu können. Jetzt sind Sie unbesehen in die Mühlen der Lokalpolitik geraten. Wie gehen Sie damit um?

Bühler: Das Referendum hat uns ziemlich unerwartet erwischt und ich habe den Eindruck, auch die involvierten Personen seitens der Stadt. Wir waren uns der politischen Fallstricke rund um die Villa, die mehr mit der Vergangenheit des Hauses zu tun haben, denn mit uns oder unserem Konzept, diesen Fallstricken waren wir uns nicht im ganzen Ausmass bewusst. Der politische Prozess ist für uns neu und auch nicht immer einfach. Wenn seitens der Gegner dann noch mit Verdrehungen und Mutmassungen operiert wird, dann macht das einem durchaus schon zu schaffen.

Gutscher: Darüber hinaus hat die Verzögerung auch ganz praktische Auswirkungen. So hatten wir bereits unsere Wohnung und unsere Arbeitsstellen gekündigt. Hier mussten wir dann erstmal wieder neue Lösungen suchen.

Bühler: Weiter hatten wir auch bereits Personal rekrutiert und mit Künstlern eine erste Ausstellung vorbereitet. Die mussten wir nun alle vertragen. Glücklicherweise haben wir hier aber sehr viel Goodwill erfahren und das hat wirklich geholfen, den Spass und die Überzeugung für die Sache nicht zu verlieren.

Interview: Stefan Feldmann



«Uster hat ein sehr reiches Kulturleben, ist sich dessen aber oft nicht bewusst»: Monika Bühler und Michael Gutscher sind von den Stärken Usters überzeugt.

Monika Bühler und Michael Gutscher – das designierte Betreiberpaar

Monika Bühler (33) ist in Luzern aufgewachsen und hat in Zürich und Salzburg Philosophie und Politikwissenschaften studiert. Später folgte ein Nachdiplomstudium in Dienstleistungsmanagement. Heute arbeitet sie als Unternehmens- und Personalberaterin. Daneben stand sie als Sängerin und Tänzerin auf verschiedenen Bühnen, unter anderem auch in New York.

Michael Gutscher (31) ist in Fällanden aufgewachsen und hat die Kunstgewerbeschule und die Hochschule der Künste besucht. Anschliessend folgte ein Studium der Kunstgeschichte. In New York hat er als Auftragsmaler gearbeitet. Heute ist er auf Dekorations- und Kirchmalerei spezialisiert, wird also vor allem bei Renovations- und Rekonstruktionsarbeiten an denkmalgeschützten Objekten herangezogen.

Kantonale Abstimmung: Ja zur Initiative «Schutz vor Passivrauchen», Nein zum Gegenvorschlag

Schutz vor Passivrauchen: Zeit für eine Korrektur

Diverse Kantone haben in den vergangenen Monaten wirksame Nichtraucher-Schutzgesetze erlassen. Am 28. September stimmen nun auch die Stimmberechtigten des Kantons Zürich über eine entsprechende Volksinitiative der Lungenliga ab. Ziel ist ein umfassender Schutz der Gäste und des Personals in Gaststätten. Einem Teil des Kantonsrat ging dieser Vorschlag aber zu weit, so dass er einen Gegenvorschlag zur Initiative beschlossen hat. Dieser genügt allerdings nicht, die SP lehnt ihn deshalb ab und empfiehlt die Initiative zur Annahme.

Von Peter Schulthess, SP-Kantonsrat, Stäfa

Ziel der Initiative «Schutz vor Passivrauchen» der Zürcher Lungenliga ist ein umfassender Passivrauchschutz in Gaststätten, nicht nur für die Gäste, sondern auch für das Personal, welches den Gefahren des Passivrauchens während der gesamten Arbeitszeit ausgesetzt ist. Die Initiative sieht deshalb vor, dass das Rauchen in Innenräumen von Gastwirtschaften verboten ist, dass aber unbediente, abgetrennte Räumlichkeiten geschaffen werden können, wo das Rauchen gestattet ist («Fumoirs»).

Der Initiativtext entspricht damit der Regelung im Kanton Tessin, welcher als erster Kanton ein solches Rauchverbot in Gaststätten erlassen hat. Wie der Initiativtext zeigt, geht es also nicht darum, das Rauchen generell zu verbieten, sondern dieses auf speziell dafür bezeichnete und eingerichtete Räume zu beschränken, so dass niemand unfreiwillig Rauchemissionen in Gaststätten ausgesetzt ist.

Gegenvorschlag bringt Zweiklassenlösung

Die Initiative ging einer Mehrheit des Zürcher Kantonsrates zu weit – die Fronten verliefen dabei quer durch alle Parteien – und stellt deshalb der Initiative einen Gegenvorschlag gegenüber. Dieser weicht den Passivrauchschutz wieder auf:

– Gemäss Gegenvorschlag können Raucheräume auch bedient sein.

– Betriebe bis höchstens 35 Plätze können wählen, ob sie ein Raucherlokal oder ein Nichtraucherlokal sein wollen.

– In Festzelten und mobilen Anlagen, wo sich vorwiegend Erwachsene aufhalten, kann das Rauchverbot aufgehoben werden.

Zwar bringt auch der Gegenvorschlag gegenüber der heutigen Gesetzgebung eine Verbesserung des Passivrauchschutzes. Es stellt sich jedoch die



Passivrauchen ist schädlich. Deshalb soll auch im Kanton Zürich schon bald ein Rauchverbot in Restaurants gelten.

Frage, ob es im Bereich des Gesundheitsschutzes zu einer Zweiklassenlösung für Arbeitnehmende kommen soll: In grösseren Betrieben ein umfassender Schutz, in kleineren kein Schutz. Bei bedienten Raucherräumen entsteht ein starker Druck, unter Zwang «freiwillig» auf den Gesundheitsschutz zu verzichten, insbesondere dann wenn man auf den Job angewiesen ist.

Solche Ungleichbehandlung gibt es in kaum einem anderen Bereich: Die Gurtenpflicht gilt für alle, die Helmpflicht für MotorradfahrerInnen ebenfalls. Bei Arbeiten mit Asbest oder giftigen Substanzen darf der Arbeitnehmer auch nicht je nach Grösse des Betriebes das Personal «freiwillig» auf den geforderten Gesundheitsschutz verzichten. Dies würde enorme sozialversicherungsrechtliche Haftungsfragen auslösen.

Umfassender Schutz notwendig

Es ist an der Zeit, auch im Kanton Zürich ein umfassender und konsequenter Passivrauchschutz umzusetzen, denn die Gefahren des Passivrauchens sind überzeugend nachgewiesen:

– Im Tabakrauch sind ca. 4500 chemische Substanzen enthalten, wovon mindestens 40 als krebserregend gelten.

– Die Belastungen mit Schadstoffen in Räumen sind höher als bei aktiv Rauchenden im Freien, wegen des besonders giftigen Nebenstromrauches, der sich in Räumen ansammelt. Nebenstromrauch ist jener Rauch, der direkt vom Zigarettenende durch blosses Verglimmen ausströmt.

– Die Schadstoffbelastung ist um ein mehrfaches höher in Beizen ohne Abtrennung als in Nichtraucherbeizen.

– Ein deutlich erhöhtes Risiko für Lungenkrebs, andere Erkrankungen der Atemwege und des Herz-Kreislaufsystems sind nachgewiesen. Menschen mit überempfindlichen Atemorganen sind besonders gefährdet.

Die Folgen des Passivrauchens wurden lange unterschätzt und die Prävention hatte bislang nur das Aktivrauchen im Blick. Es ist Zeit für eine entsprechende Korrektur. Dabei soll und muss eine glaubwürdige Prävention und ein konsequenter Schutz vor Passivrauchen, nicht etwa die Umerzwehung der Rauchenden im Vordergrund stehen. Letztere sollen weiter rauchen dürfen, dabei aber nicht länger andere mitgefährden.

Kantonale Abstimmung: 2x JA zum Berufsbildungs-Gesetz

Eine Offensive für die Berufsbildung

Am 28. September haben die Stimmberechtigten im Kanton Zürich über zwei Vorlagen betreffend eines neuen Berufsbildungs-Gesetzes abzustimmen. Da es von zentraler Wichtigkeit ist, dass der Kanton Zürich eine solide neue Grundlage für die Berufsbildung erhält, spricht sich die SP für ein doppeltes Ja aus. Die beiden Varianten des Gesetzes unterscheiden sich in einem wichtigen Punkt: Das eine Gesetz enthält einen Berufsbildungsfonds, welcher zusätzliche Anreize für Investitionen in die Berufsbildung setzen soll, das andere Gesetz enthält diesen Fonds nicht. Natürlich ist ersterem den Vorzug zu geben.

Von Susanna Rusca, SP-Kantonsrätin, Zürich

Mit der Abstimmungsvorlage «Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Berufsbildung» (oder kurz: EG BBG) und dem zusätzlichen kantonalen Berufsbildungsfonds haben wir die Chance, eine solide gesetzliche Grundlage für die Berufsbildung im allgemeinen und ein griffiges Instrument zur kantonalen Lehrstellenförderung im speziellen zu schaffen.

Das neue Berufsbildungsgesetz wertet die Berufs- und Weiterbildung generell auf. Es legt eine Grundlage, damit junge Menschen den Einstieg in die Arbeitswelt schaffen und Berufstätige den stetig wechselnden und steigenden beruflichen Anforderungen gewachsen sind. Es fördert lebenslanges Lernen, die Durchlässigkeit zwischen den Bildungsbereichen und eine qualitativ hochstehende Aus- und Weiterbildung. Das Gesetz legt auch Standards für die Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung fest. Es regelt weiter die Zuständigkeiten des Kantons und die Rahmenbedingungen für die Zusammenarbeit zwischen Kanton und privaten Trägern.

Diese zentralen Elemente sind in beiden Vorlagen enthalten. Da es zentral ist, dass die Berufsbildung auf ein neues gesetzliches Fundament gestellt wird, ist ein Ja zu beiden vorgeschlagenen Varianten wichtig, ganz unabhängig davon, wie man sich zu jenem Punkt stellt, welche die beiden Vorlagen voneinander unterscheiden: den Berufsbildungsfonds.

Die Zahlen über Jugendliche, die nach Abschluss der Volksschule keinen Ausbildungsplatz haben, machen deutlich, wie nötig es ist, diese Aufgabe nicht alleine der Wirtschaft zu überlassen: Jedes Jahr sind rund ein Drittel aller Schulabgängerinnen und Schulabgänger auf der Suche nach einer Lehrstelle erfolglos oder haben es schwer, einen Einstieg in die Berufswelt zu finden. Der kanto-



Mit dem neuen Berufsbildungsgesetz und dem Berufsbildungsfonds stärken wir das Erfolgsmodell Berufslehre.

nale Berufsbildungsfonds kann hier einen Beitrag zur Abhilfe schaffen. Er unterstützt ausbildende Betriebe gezielt mit Geldern und setzt so

Anreize, in die Ausbildung zu investieren und langfristig neue Lehrstellen zu schaffen. Er fördert ferner ein nachhaltiges Lehrstellenmarketing und den Aufbau neuer Lehrbetriebsverbände.

Ziel des Berufsbildungsfonds ist, dass im Gegensatz zu heute alle Betriebe Verantwortung für die Ausbildung der Jungen übernehmen:

– Ausbildende Betriebe, die weitere Lehrstellen anbieten, bezahlen nichts in den Fonds.

– Und Betriebe, die selber keine Lehrstellen anbieten, bezahlen dafür einen minimalen Beitrag an den Berufsbildungsfonds.

Wir müssen mit allen Mitteln die Bereitschaft der Betriebe unterstützen, die Lehrlinge auszubilden. Der kantonale Berufsbildungsfonds stellt die Schaffung eines solidarischen Finanzierungsinstruments dar. Damit auch in Zukunft die bewährte Berufslehre aufrecht erhalten

bleibt und der berufliche Nachwuchs gesichert wird, braucht es mehr Innovation und Flexibilität in der Berufsbildung.

Parolen zu den Abstimmungen vom 28. September

KOMMUNALE ABSTIMMUNGEN:

NEIN zum Landverkauf Mühleholz (Verkauf der Parzelle Kat. Nr. B 7417)

... weil Uster statt an den Rändern im Zentrum gestärkt werden soll (siehe Artikel Seiten 3 bis 5).

JA zum Kredit Villa am Aabach

... weil damit ein Neustart der Villa am Aabach möglich ist und ein lebendiger Kulturort für die Stadt erhalten werden kann (siehe Artikel Seiten 6 bis 9).

KANTONALE ABSTIMMUNGEN:

2x JA zum Einführungsgesetz Berufsbildung (EG BBG)

In der Stichfrage: Bevorzugung des EG BBG mit Berufsbildungsfonds

... weil so die Berufsbildung auf neue, solide Beine gestellt und mit dem Berufsbildungsfonds ein gutes Instrument für die Schaffung von zusätzlichen Lehrstellen geschaffen werden kann (siehe Artikel auf dieser Seite).

JA zur Initiative «Schutz vor dem Passivrauchen»

NEIN zum Gegenvorschlag des Kantonsrates

In der Stichfrage: Bevorzugung der Initiative

... weil die Initiative die NichtraucherInnen schützt, den RaucherInnen das rauchen in separaten Fumoirs erlaubt und – im Gegensatz zum Gegenvorschlag – auch das Personal vor dem Passivrauchen schützt (siehe Artikel Seite 10).

Veranstaltungskalender

14.09. FAMILIENIDYLL?

Veranstaltungsreihe, Teil 3

Rose

Was bedeutet Familie? Wo endet Familie im klassischen Sinne und wo beginnt die gesellschaftliche Verantwortung? Was kann, was soll die Politik für Familien leisten? Was ist uns eine familienfreundliche Stadt wert? Solchen und anderen Fragen ging die SP Uster gemeinsam mit PolitikerInnen, SiedlungsexpertInnen und Kulturschaffenden nach. Zum Abschluss der dreiteiligen Veranstaltungsreihe zeigt die SP Uster in Zusammenarbeit mit dem Kino «Qtopia» den Film «Rose» des Schweizer Regisseurs Alain Gsponer.



Rose (Corinna Harfouch, Bild) ist Anfang vierzig und alleinerziehende Mutter von drei – wie man meinen sollte – erwachsenen Söhnen: Bernd, 23, verdient tags-über im Copyshop und abends in einer Kneipe Geld für die Familie dazu, Axi, 21, wird in einer Bank ausgebildet, und der Jüngste, Stan, wird bald 18, drückt sich vor dem Abitur und möchte lieber Kiffen und Karriere als DJ machen. Rose hat als Hausbesitzerin Anfang der 80er Jahre ein durchaus wildes Leben geführt, das aber mit einem Schlag vorbei war, als sie sich vor mehr als zehn Jahren von Jürgen, dem Vater der drei Jungs, trennte. Seitdem hatten sie keinen Kontakt mehr. Rose zog damals mit ihren drei Söhnen in das Haus des Grossvaters und verdient inzwischen ihren Lebensunterhalt mit dem Schreiben von Groschenromanen. Und dann gibt es noch ihren neuen Freund Gerhard (Harald Schrott). Sie traut sich nicht, ihn den Söhnen vorzustellen, und weiss selber nicht, ob er der Richtige ist. Das trotz aller Differenzen symbiotische Verhältnis zwischen Rose und den Söhnen gerät in Gefahr, als Jürgen (Jürgen Tonkel) unvermittelt bei Axi in der Bank auftaucht, um einen Kredit aufzunehmen. Jürgen erkennt seinen Sohn nicht, und Axi verrät nicht, dass er weiss, wer Jürgen ist. Zu Hause konfrontiert er seine Mutter aber mit dem Wunsch, den Vater doch endlich einmal einzuladen. Rose hat keine Lust, ihren Ex wiederzutreffen und die Söhne und ihr Leben von ihm durcheinander bringen zu lassen. Doch als Jürgen uneingeladen zu Besuch kommt, passiert genau das...

«Das tragikomisch angehauchte Drama ‚Rose‘ stellt das familiäre Selbstbild aus weiblicher und linksalternativer Sicht auf den Prüfstand. Die Filmemacher Gsponer und Buresch sind dabei so klug, mit ihrem Späthippie-Porträt nicht die handelsüblichen Klischees zu bedienen. Billige Polemik gegen antiautoritäre Erziehungs Ideale ist ihnen ebenso fremd wie zeitopportunes 68er-Bashing. Vielmehr loten sie in ihrem anrührenden Film die Widersprüche, Sonderlichkeiten und den gestutzten Idealismus einer Weltverbesserin aus, die mit Mühe und Not gerade mal ihren ganz privaten Laden zusammenhält. Immerhin: Sie hält ihn zusammen.» – (Der Spiegel)

11 Uhr, Qbus, Braschlergasse 10

07.09. KUFKI: ZOFF UND ZANK

Figurentheater Doris Weiler



Zwei Monster – zwischen ihnen steht ein Berg. Zoff sieht die Sonne am morgen aufgehen, Zank sieht sie abends untergehen. Beide leben – je auf ihrer Seite – zufrieden. Sie können sich nicht sehen, können aber durch ein Loch im Berg miteinander reden. Einmal aber streiten sich die beiden, dass die Felsbrocken fliegen – bis schliesslich der ganze Berg auseinanderbricht und sie sich zum erstenmal gegenüberstehen. Und nun?

Schulanlage Pünt, 11.00 Uhr
Infos und Vorverkauf: Reisebüro Bahnhof Uster
oder rene-krebs@bluewin.ch

14.09. ORGELFESTIVAL USTER

Jazz auf der Kirchenorgel und
der Hammondorgel B3

Barbara Dennerlein, München,
Pius Baschnagel, Zürich

18.30 h, Reformierte Kirche Uster,
Abendkasse ab 18.00 Uhr

19.09. JAZZ: BEAT BAG BOHEMIA

Lucas Niggli dr perc gongs, Rolando Lamussene
djembe mbira voc perc, Kesivan Naidoo dr perc
gongs, Peter Conradin Zumthor dr perc gongs

Big Bag Bohemia steht mit einem Bein in Afrika, mit dem andern in Europa. Das Ensemble besteht ausschliesslich aus Schlagwerkern, zwei Schweizer, zwei Afrikaner. Alternierend ist jeder sowohl Begleiter als auch Solist, Groove-Meister, Geräuschmacher und Melodiker. Ein Zusammentreffen verschiedenster Traditionen aus mündlicher Überlieferung, Jazz, Rock und komponierter Musik.

20.30 h, Musik-Container, Eintritt 30.–/20.–

21.09. KINO: EL CAMINO DE S. DIEGO

Film von Carlos Sorin
Argentinien 2006 SP d/f 98'

Im Mittelpunkt des Roadmovies steht Tati, ein junger Holzfäller und fanatischer Anhänger von Diego Armando Maradona aus der subtropischen Provinz Misiones im Norden Argentiniens. Dieser findet eines Tages bei seiner Arbeit im Urwald eine Wurzel, die seinem Idol Maradona ähnlich sieht. Da der ehemalige Fussballspieler sich zu diesem Zeitpunkt mit schweren Herzproblemen auf der Intensivstation eines Krankenhauses in Buenos Aires befindet, entschliesst sich Tati, seinen Teil zur Heilung beizusteuern. Per Anhalter und ohne Geld macht er sich auf den 1000 Kilometer langen Weg in die Hauptstadt, um das Fundstück persönlich zu überreichen.

Der Film erzählt in Episoden von den Begegnungen und Anekdoten, die Tati auf seiner Reise erlebt.

Qtopia, 18.30/21 Uhr, Braschlergasse 10

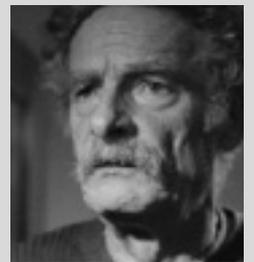
30.09. KINO: DIE PLÖTZLICHE EINSAMKEIT DES KONRAD STEINER

Ein Film von Kurt Gloor
Schweiz 1976

Dial. 100'

Das «Sozial-Labor» des Departements Soziale Arbeit der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) zeigt den Film im Rahmen einer Veranstaltungsreihe zum Thema «Alt werden im jungen Uster».

Konrad Steiner (Sigfried Steiner) ist Schuhmacher in einem Altstadtthaus, und in seiner kleinen Welt fühlt er sich zu Hause. Doch als unerwartet seine Frau stirbt, gerät Steiners heile Welt aus den Fugen: Der Laden, in dem er jahrelang seine Werkstatt geführt hatte, wird ihm gekündigt. Vergeblich setzt er sich zur Wehr: Seine Argumente interessieren nicht. Man gibt ihn stattdessen in die Obhut der jungen Sozialhelferin Claudia Hefti (Silvia Jost), zu der er bald Zuneigung und Vertrauen fasst. Steiner wird bald klar, dass man ihn gerne in ein Altersheim abschieben würde, doch damit will er sich nicht abfinden. Er ist noch nicht bereit, sich als «angepasster Greis» vom Leben zu verabschieden. Um seine Würde und seine Selbständigkeit zu verteidigen, entschliesst sich der rüstige Witwer, die letzten Jahre selbstbestimmt zu gestalten. Er entwickelt einen Plan, bei dessen Umsetzung ihm Claudia helfen soll.



Qtopia, 20 h, Braschlergasse 10

INSERATE

ERNESTO W. VOEGELI

FOTOGRAFIE

AATHALSTRASSE 85A, CH-8610-USTER
TEL.044 940 69 17, MOBIL 079 233 99 00



Bioladen
pfelbaum

Zentralstrasse 18, Uster

Aktionen, News, Degus...
jetzt wöchentlich Newsletter
bestellen:

newsletter@oepfelbaum-uster.ch

Öffnungszeiten:

Mo-Fr 9.00 - 12.15 14 - 18.30
Sa 9.00 - 16.00

Diskutieren Sie mit – im Internet: splog.sp-uster.ch

Vacanze e caldo da brivido

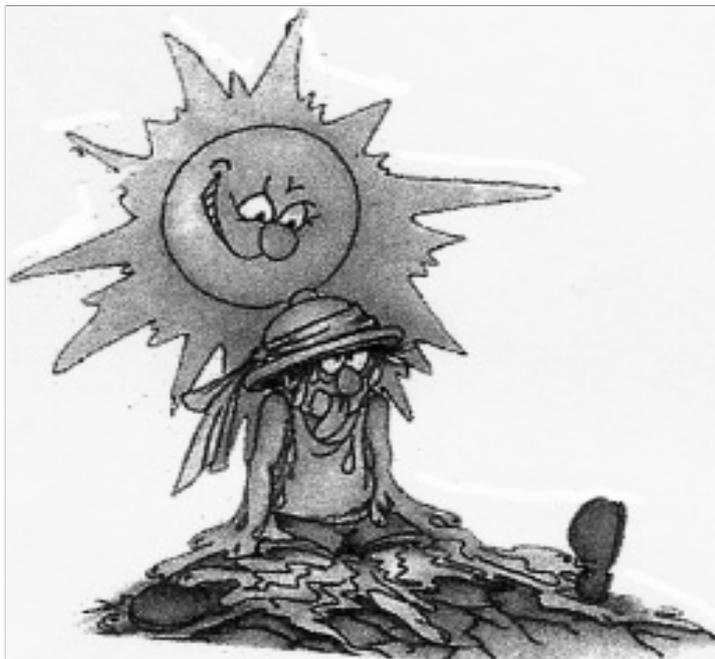
Il periodo feriale volge al termine, le valige sono state riposte, si ritorna con fatica al ritmo quotidiano, con ancora nella mente il ricordo del periodo di pausa appena passato.

Carmela Damante

Per molti di noi, andare in ferie, vuol dire ritornare nei nostri luoghi d'origine, un motivo per ritrovarsi con i familiari, il piacere d'incontrare i vecchi amici d'infanzia. Anch'io come molti, sono ritornata a casa, nel profondo e lontano sud. Durante il viaggio ti incominci a preparare psicologicamente a quello che si andrà incontro: alla confusione dei parenti, al traffico caotico nelle strade, al disordine organizzato, ma soprattutto pensi al caldo che dovrai affrontare. La temperatura prevista andava dai 30 ai 38 gradi, con conseguente grado d'umidità immaginabile! Eppure... nonostante questo, non ho mai sofferto il freddo come quest'anno in ferie! Penserete che stia farneticando, ma non è così! Nel Bel Paese, dove ormai vivere è una lotta quotidiana con l'Euro, dove l'inquinamento ambientale raggiunge limiti estremi di sofferenza, dove non si fa altro che parlare della necessità di consumare meno, sembra che gli italiani non possano più fare a meno, da un paio d'anni a questa parte, dei condizionatori d'aria! Negli appartamenti ma soprattutto nei luoghi pubblici. Ad entrare in un supermercato in questa stagione, si rischia di prendere un raffreddore, e la stessa cosa succede

entrando in banca o in un ufficio postale, dove in quest'ultimo addirittura, il condizionamento era al massimo, ma le finestre erano anche aperte! Non vi dico arrivando all'aeroporto di Catania: battevo i denti dal freddo! In Italia, dei 30 milioni d'apparecchi installati, solo il 30% è di classe A, ossia a risparmio energetico, che costano però di più degli altri, ma che rispettano l'ambiente e consumano di meno. Gli impianti non di classe A consumano in sei ore quanto un frigorifero di 300 litri in

un'intera giornata. Senza contare i gas nocivi per la fascia d'ozono, e l'aumento d'allergie e bronchiti causate da questi condizionatori. Non sono assolutamente contraria a questo tipo di condizionamento, ma all'abuso che se ne fa nella maggior parte dei casi, sì. Basterebbe che si seguissero i consigli degli esperti, per un uso corretto: ad esempio basta non superare i cinque gradi di scarto tra temperatura esterna e interna; compr-



are un deumidificatore, visto che è l'umidità a dare realmente fastidio, per evitare inutili sprechi con conseguenti danni all'ambiente. Non dimentichiamoci poi, che negli uffici pubblici, questi sprechi di consumo incidono sulle spese, che alla fine vanno a pesare sul nostro portafoglio attraverso l'aumento delle tasse, e penso che tutti siano d'accordo, è l'ultima cosa di cui gli Italiani hanno bisogno!

L'Unione Europea oggi

Si parla già da molti anni di Unione Europea che oggi costituisce un complemento della propria cittadinanza nazionale del proprio paese d'origine. Con questo trattato si cerca di mirare a rafforzare e a promuovere l'identità europea, con obiettivi di coinvolgere sempre più i cittadini in un processo di integrazione comunitaria.

Oggi i cittadini UE godono sicuramente di un mercato unico a partire dalla libera circolazione, a quello dalla parità di diritti e di trattamenti a livello sociale che grazie alla UE comporta una serie di norme e diritti ben definiti dalla commissione europea.

Su questi tipi di norme e diritti si possono elencare e raggruppare in differenti categorie: Quella



della libera circolazione e soggiorno un punto da non sottovalutare per la nuova generazione per un futuro migliore e possibilità di intraprendere una carriera lavorativa nelle grandi e importanti città europee per esempio come Londra.

Il diritto di potersi rivolgere a delle istituzioni e organi comunitari in una qualsiasi delle lingue dell'Unione, ancora oggi si hanno delle difficoltà di mettere in atto una unica lingua di comunicazione che dovrebbe essere l'inglese diciamo che ancora non siamo pronti e bisognerà sicuramente ancora nel prossimo futuro ricorrere a rivolgersi a organi comunitari per tutelare i cittadini UE.

Il grande ostacolo che si incontra tutt'oggi è la difficoltà nell'esercitare alcuni diritti legati alla

cittadinanza europea, in particolare a causa di pratiche amministrative nazionali scorrette, in special modo per coloro che vengono in Italia come cittadini UE e sono confrontati con lunghe pratiche amministrative complicate e rigide.

Il maggior numero di cittadini EU anche con il buon impegno di voler vivere e investire nel nostro bel paese come l'Italia che indubbiamente sarebbe anche un benessere in particolare anche a livello regionale, sono confrontati con delle ingiustizie burocratiche di una realtà quotidiana che in molti casi il cittadino dell'UE rinuncia a intraprendere queste infinite difficoltà burocratiche, lasciando il nostro paese con grande delusione a tutti i progetti futuri di vivere e investire in Italia.

Anche se molti non sanno che in questo contesto l'Unione Europea ha provveduto ad intraprendere ed attuare varie azioni legislative per passare con gli strumenti adatti in rapporto alla nazione, per poter trasformare alcuni diritti ad una realtà quotidiana che si incontra tutt'ora come in Italia.

Italo Conte

FORUM Redazione:

Valerio Modolo, Carmela Damante,
Fernando Carbone, Claudio Marseglia,
Italo Conte, Letizia Fiorenza

CLI, Postfach 369, 8610 Uster

Commento

Piccola divagazione attorno al tema: Considerazioni... collaterali

Non molto tempo fa, sono stato invitato alla celebrazione del trentennale dell'Associazione Pugliese di Delemont (capitale del Canton Jura), un'associazione regionale italiana come tante altre nel territorio svizzero che ci ospita, dove queste sono attive e integrate nella realtà locale. Fin qui niente di straordinario, penserete, ma il fatto strano è, con mia gran sorpresa, che in quel salone-teatro, dove si svolgeva la cerimonia, oltre ai soliti personaggi rappresentanti il mondo dell'emigrazione italiana organizzata del posto, era presente il Governo giurassiano cantonale al gran completo, così pure, con il sindaco in testa, molti membri del consiglio comunale.

Fernando Carbone

Mi c'è voluta una buona mezzora per riuscire a spiegarmi una così massiccia partecipazione di tutte queste autorità per il semplice anniversario di un'associazione straniera.

Poi di colpo, la spiegazione logica!

In quel cantone, sin dalla nascita, nella sua costituzione, è ancorato il diritto di voto per gli stranieri che vi risiedono dopo un determinato numero d'anni. I candidati delle forze politiche comunali e cantonali, per essere eletti, hanno anche bisogno dei voti degli stranieri, avendo questi il diritto democratico. Gli stranieri residenti, essendo cittadini a pieno diritto, hanno perciò un peso nel tessuto sociale cittadino, che di conseguenza facilita di molto l'integrazione e il vivere comune.

Cambiamento di scena

(il tema resta sempre lo stesso)

La Colonia Libera di Uster, la più vecchia associazione italiana attiva localmente da più di mezzo secolo, fa parte insieme con una dozzina d'altre associazioni, straniere e svizzere, dell'Unione Operaia, organizzazione mantello fondata alla fine dell'ottocento, prima ancora del partito socialista svizzero locale. Nell'ambito di quest'organizzazione, all'inizio di quest'anno si è formato il «Consiglio degli Stranieri di Uster». Il direttivo di tale organismo ha deciso in modo compatto di esporre e raccomandare le varie problematiche alle autorità comunali delle diverse etnie che vivono e lavorano localmente.

La prima serata di rivendicazioni si è svolta all'insegna dei problemi dei giovani di etnia albanese nella struttura locale con tutte le loro contraddizioni.

Il 2 luglio passato, al Ristorante Poseidon (Sonne), l'impegno è toccato a noi italiani (riportato dalla stampa locale del 4 e 5 luglio), rappresentati per quest'occasione dalla Colonia.

I temi all'ordine del giorno erano e rimangono (purtroppo)

quelli per cui ci battiamo ormai da oltre quarant'anni: il diritto di voto a livello comunale e cantonale e quello della lingua e cultura italiana da integrare nel programma scolastico, essendo essa lingua nazionale. Accanto a queste rivendicazioni, sono state invitate anche delle personalità con doppio passaporto, per illustrare ai presenti in sala, il loro grado d'integrazione nel campo della cultura, dello sport e del sociale.

Serata molto ben preparata e strutturata nelle diverse tematiche, ma con un piccolo (grande) neo, perché a tempo debito (diamine siamo in svizzera!), sono state invitate tutte le autorità locali, sindaco compreso, così pure tutti i presidenti dei partiti svizzeri, ma NESSUNO di questi personaggi ha ritenuto opportuno beneficiarci della loro presenza, né tanto meno ha pensato di scusarsi.

A questo punto ci sorge un sospetto. Tutte queste autorità, da oltre mezzo secolo, non fanno che predicare che gli stranieri, se vogliono far parte di questa (loro?) comunità, devono imparare la lingua tedesca (forse intendono il dialetto zurighese?) e rispettare totalmente la loro cultura e tradizioni. (Vedere riquadro accanto: «In-

tegrazione»). Ma che mi venga un accidente, gli stranieri a Uster, penso che siano perfettamente integrati (la stragrande maggioranza perlomeno), ma quando questi invitano alle assemblee per esporre loro le problematiche, questi gentiluomini/donne continuano a fare orecchie da mercante trattandoci con sufficienza, credendo che l'integrazione sia a senso unico. Queste alte cariche comunali non hanno nessun rispetto verso una grossa parte della popolazione residente (più del 20%) straniera.

La colpa è ancora una volta nostra? Forse ci siamo dimenticati di specificare nell'invito, che alla fine dei lavori, si sarebbe brindato (!) con vino svizzero invece del prosecco italiano, visto che ultimamente sulla stampa locale vediamo spesso i «nostri» assessori, fotografati e sorridenti sempre con un bicchiere di vino nelle mani (chissà cosa avranno da festeggiare! ma visto che continuano ad escluderci dai loro impegni ufficiali difficilmente lo verremo a sapere). Non sarà mica colpa del prosecco che non è un vino svizzero?

Bah! Da tener presente, comunque, negli inviti futuri. Forse, per la prima volta, un vino potrà cambiare il corso della storia dei popoli diseredati!



Integrazione

Il Dizionario della lingua italiana DEVOTO-OLI riporta alla parola «integrazione»: «Inserimento di un individuo o di un gruppo in una società, con l'esclusione di qualsiasi discriminazione razziale, con gli stessi diritti-doveri degli stessi membri».

Dobbiamo cominciare a considerare l'integrazione riuscita di noi stranieri, quale presupposto per una politica migratoria coronata da successo. L'integrazione non è altro che la realizzazione delle pari opportunità e della partecipazione: Le persone straniere che dimorano regolarmente in Svizzera devono beneficiare di pari opportunità per quel che concerne l'accesso

alla vita economica e sociale della Svizzera. L'integrazione è un processo reciproco che coinvolge sia la popolazione svizzera che la popolazione straniera. L'integrazione presuppone anzitutto l'apertura da parte della popolazione svizzera, improntata da uno spirito d'apprezzamento. Le persone immigrate sono tenute a fare il possibile per integrarsi e ad osservare le regole e le leggi.

L'integrazione degli stranieri mira alla convivenza di tutti gli elementi della popolazione sulla base dei valori sanciti dalla Costituzione federale e sulla base del rispetto reciproco e della tolleranza.

Diritto di voto agli stranieri a livello comunale?

Continua da pagina 1

Noi stranieri riteniamo giusta e legittima questa richiesta, da decine d'anni contribuiamo in modo determinante, con il nostro lavoro, allo sviluppo e al benessere di questa società.

Come consumatori sosteniamo lo sviluppo di negozi, aziende e commercio.

Noi utilizziamo e contribuiamo alla costruzione delle strutture pubbliche come strade, impianti sportivi, scuole, chiese e ospedali.

Per la politica comunale, noi stranieri abbiamo in tutto e per tutto gli stessi doveri (tasse) della popolazione svizzera, con la differenza che noi non abbiamo diritto di partecipazione.

A livello comunale siamo confrontati con problemi comuni, traffico, protezione dell'ambiente, risparmio energetico ed altre cose che non basta regolamentare con delle leggi, ma richiedono un grande senso di responsabilità da parte di tutti. L'essere esclusi dalle decisioni e dalla partecipazione provoca in noi indifferenza e disinteresse, che non sono a noi connessi, ma sono la conseguenza della nostra emarginazione dalla politica del comune.

Al contrario invece la partecipazione politica incoraggerebbe un comportamento più attivo, stimolerebbe l'interesse, promuoverebbe il dialogo e il confronto, faciliterebbe lo scambio reciproco d'opinioni e la comprensione verso gli altri, contribuirebbe ad eliminare barriere e pregiudizi e migliorerebbe la convivenza.

La naturalizzazione, anche se è stata ridimensionata la questione finanziaria, (i costi sono ora di circa 2500 Fr.) rimane sempre per molte persone una problema di identità, i diritti politici stimolano il processo di integrazione che in molti casi, agevola la naturalizzazione.

Noi riteniamo insostenibile, che molti stranieri che vivono qui da diversi anni, adempiono i propri doveri, rispettano le leggi di questo paese, non abbiano il diritto di esprimersi.

I diritti politici agli stranieri sono la base per un'ampia democrazia, uno stato non si può considerare completamente democratico se quasi il 20 per cento della popolazione non il diritto di voto.

La nostra richiesta è indirizzata alla frazione del consiglio cantonale di Zurigo per la modifica della costituzione cantonale, affinché introduca il diritto di voto facoltativo agli stranieri, sulle questioni comunali.

Se ciò avverrà come ci auspichiamo, siamo convinti che la popolazione di una città multiculturale come Uster sarà aperta e disponibile ad introdurre il diritto di voto agli stranieri come in altri comuni e sarà senza dubbio un mezzo efficace per stimolare e promuovere il processo d'integrazione.

Ogni studente ...

Continua da pagina 1

Ciò contribuirebbe ad assumere una posizione precisa e affermarci nella competizione tra i comuni per la maggior attrattività.

Appartiene alle nozioni di base di ogni studente d'economia che l'attrattività culturale è uno dei criteri più importanti per la scelta della propria residenza da parte di gente altamente qualificata, e a queste persone Uster ha un grande interesse economico perché queste investirebbero e pagherebbero le loro tasse qui. Inoltre le imprese scelgono la loro sede anche in base all'istruzione della popolazione locale. Possiamo girarla e rigirla come vogliamo, la formula è semplice e giusta: Promuovere la cultura significa incrementare l'economia.

Chi si oppone alla cultura e alla sua promozione si oppone all'incremento dell'economia e a una città attraente per gli investitori.

Trattare in ugual modo lo sport e la cultura

Cosa rende una città degna di questo nome? Più un comune ingrandisce, più deve assumersi le responsabilità di un centro urbano. Le spese per le strutture che rendono attraente la vita per i suoi cittadini crescono in modo più che proporzionale. Strutture per il tempo libero (piscina, centro sportivo), zone di ricreazione (parco cit-



Michael Gutscher und Monika Bühler davanti alla Villa am Aabach.

tadino, il lago) e la cultura (biblioteca, sala Stadthof, ecc.) devono essere sovvenzionate per buona parte o interamente dalla città.

Parlando del tempo libero, queste sovvenzioni non sono messe in discussione, nessuno chiederebbe di chiudere la piscina della città o del lago per motivi di risparmio, argomentando che si può sempre andare a fare il bagno a Zurigo. Vogliamo usufruire di queste strutture da noi a Uster. Vogliamo e possiamo permettercelo. Allora trattiamo la cultura allo stesso modo: Ci possiamo permettere la nuova „Villa am Aabach“. E ci conviene farlo. Grazie per il vostro „si“.

A proposito di ferie

Chi più chi meno è stato in ferie, e la maggior parte di noi è stata in Italia. Come di solito, tra le tante cose che abbiamo visto qualcosa c'è rimasta sul gozzo e ne vogliamo parlare; c'è chi è rimasto colpito da condizionatori d'aria che funzionano a pieno ritmo con le finestre aperte, chi è rimasto esterrefatto da un'elefantica burocrazia e chi, come me, da una presenza spropositata di prostitute!

Girovagando per le strade del Bel Paese ci s'imbatte in un numero impressionante d'allegre ragazze. "Di tutto e di più", recitava un famoso slogan pubblicitario. A secondo dei gusti la si può scegliere giovane od anziana, minorenni o pensionata, bianca o di colore, schiava o libera imprenditrice!

Il decreto legge sulla sicurezza autorizza i Co-

muni a stangare i clienti delle prostitute con multe che variano da un minimo di 50 euro ad un massimo di 500; che io sappia l'unico Comune che si è avvalso di questa facoltà è Verona, in due mesi ha multato 42 cittadini, pochini, a giudicare dai preservativi usati che insozzano le strade, le prostitute veronesi non se la passano poi così male! Si è calcolato che l'Italia ospita (si fa per dire!) un minimo di 70 mila allegre signorine, si capisce, allora, che il problema è grave. Si potrebbe disquisire in merito con decine di motivazioni tutte estremamente rispettabili; io da persona estremamente concreta direi che forse è il caso di abrogare la scellerata legge Merlin del 1956 che prevedeva la chiusura dei bordelli e che è all'origine di questo sconcio!

Claudio Marseglia

Votazione comunale: Sì alla Villa am Aabach

Ogni studente di economia lo sa: Promuovere la cultura significa incrementare il commercio

La cultura è un valore nella vita di ognuno. La cultura non è un lusso ma una necessità. Non per nulla la città e i comuni investono nella promozione della cultura. Ne vale la pena. Una spiccata attività culturale fa parte dei criteri decisivi per la scelta della propria residenza da parte di gente altamente qualificata. (Come dimostrano degli studi a proposito, ciò è perfino più determinante del tasso delle imposte.)

Martin Bornhauser, sindaco

La politica culturale è un tema difficile, non solo a Uster, ma anche a Uster. Purtroppo una parte dei politici responsabili della nostra città non sono consapevoli del fatto che una spiccata attività culturale contribuisca alla qualità di vita dei nostri cittadini e delle nostre cittadine. Anzi che

è essenziale per assumere una posizione precisa nella competizione tra i diversi comuni e per attirare l'insediamento di nuove imprese. Solo così si può spiegare che alcuni politici vogliono assolutamente impedire il rilancio della Villa am Aabach.

La nuova Villa am Aabach

Nella nostra città vivono molti artisti pronti ad impegnarsi, motivati, creativi e ben conosciuti anche al di là del perimetro della nostra città. Questi offrono alla popolazione un'attività culturale ricca e fantasiosa. Il programma per la Villa am Aabach dei nuovi curatori designati Bühler/Gutscher riprende questo concetto. Sotto la loro egida la Villa non offrirebbe soltanto un'attività culturale attraente per tutta la popolazione. La proprietà, situata in un posto idilliaco, con la sua terrazza, il giardino e il parco

delle sculture, si trasformerebbe in un perno culturale attorno al quale si accosterebbero le svariate manifestazioni culturali della città (vedi intervista p. 8 e 9). La nuova Villa am Aabach diventerebbe un centro d'incontro pubblico, aperto non solo a chi già si interessa di cultura ma a tutta la popolazione.

Un'attività culturale variegata e ricercata proprio alle soglie di casa, contribuirebbe a un senso di comunità e impedirebbe che Uster diventi una città dormitorio alle porte di Zurigo.

Le investimenti per la cultura rendono anche finanziariamente

Promuovendo le attività culturali si migliora la qualità della vita e ciò a sua volta aumenta l'attrattività della nostra città come luogo per abitarcì, rendendola un centro culturale per tutto l'Oberland zurighese. *Continua a pagina 2*

Consiglio degli stranieri di Uster

Diritto di voto agli stranieri a livello comunale?

Nella riunione del consiglio degli stranieri del 2 luglio scorso, erano invitate ad intervenire le associazioni italiane che avevano il compito di farsi conoscere e di formulare le loro richieste.

Valerio Modolo

La Colonia Libera si è presentata descrivendo la propria storia e le attività svolte in passato e quelle attuali. In seguito sono state proposte le nostre richieste che saranno portate avanti dal direttivo dell'Unione operaia. Due sono state le nostre rivendicazioni, la prima quella di integrare nell'orario scolastico i corsi di lingua e cultura italiana, argomento che sarà trattato separatamente, la seconda fu la richiesta del diritto di voto agli stranieri a livello comunale.

La nostra richiesta del diritto di voto non è nuova, la prima volta fu inoltrata nel 1988 con una petizione delle associazioni straniere, respinta dal parlamento del comune di Uster.

Attualmente in Svizzera ci sono molti progetti, finanziati anche dalla Confederazione per promuovere e stimolare l'integrazione degli stra-

nieri. Le Colonie Libere si sono sempre impegnate per favorire e promuovere l'integrazione dei nostri connazionali, siamo, però del parere che l'integrazione senza i diritti politici non sarà mai completa.



– In Svizzera gli stranieri hanno la possibilità di esercitare il diritto di voto, nei seguenti cantoni.

– Cantone Neuchâtel, dal 1948, diritto di voto a livello cantonale, attivo e passivo a livello comunale.

– Nel cantone Giura, sin dalla sua fondazione nel 1978 è stato concesso il diritto di voto agli stranieri a livello cantonale e quello attivo e passivo in tutti i comuni.

– Dal 2003 nel cantone di Vaud viene concesso il voto attivo e passivo a livello comunale, 28 stranieri sono stati eletti nei vari comuni.

– Dal 2004 nel cantone Friburgo, gli stranieri possono votare ed essere eletti in tutti i comuni.

– Dal 2005 nel cantone Ginevra, diritto di voto in tutti i comuni.

– Nei cantoni di Basilea città e Grigioni, diritto di voto facoltativo a livello comunale, 6 eletti a Basilea città, mentre nel Grigioni, 6 piccoli comuni hanno introdotto il diritto di voto.

– Dal 1996 il cantone Appenzello esterno, concede in modo facoltativo il diritto di voto attivo e passivo a livello comunale, in tre comuni (Wald, Speichen e Trogen) gli stranieri possono votare ed essere eletti. *Continua a pagina 2*